

Der Sek-Übertritt solle allein auf Noten basieren, fordert SVP-Politikerin

Willkür bei Baselbieter Lehrern? Dass auch das allgemeine Verhalten der Kinder ein Auswahlkriterium darstelle, sei falsch, sagt Anita Biedert. Die Regierung widerspricht.

Benjamin Wirth

Wer mag sich nicht daran erinnern? Der Übertritt von der Primarschule in die Oberstufe – für die meisten Menschen ein prägendes Erlebnis, eine Zäsur auch, die ein Leben lang unvergessen bleibt. So finden einerseits entscheidende Weichenstellungen der Bildungslaufbahn statt, andererseits werden viele Jugendliche erstmals in ihren jungen Leben entsprechend ihrer Leistung bewertet und selektioniert.

Nur: Im Kanton Baselland steht dieses System auf dem Prüfstand. «Das heutige Übertrittssystem von der Primar- in die Oberstufe hat Schwächen», sagt Bildungspolitikern Anita Biedert (SVP), die hauptberuflich selbst als Primarlehrerin arbeitet und deshalb wisse, wovon sie spreche, wie sie betont.

Konkret geht es der Landrätin darum, willkürliche respektive unzuverlässige Entscheidungen der Lehrer – ihrer Berufskollegen – zu verhindern. Sie findet: «Es muss Druck von uns genommen werden.»

Übertrittssystem unter Druck

In der Tat tragen die Primarlehrerinnen und -lehrer beim Sek-Übertritt viel Verantwortung. Vor dem Wechsel in die Oberstufe in eines der Leistungsniveaus A, E oder P geben sie ausschlaggebende Empfehlungen ab. Die Krux: Neben dem Notenschnitt beruhen die Einschätzungen der Lehrer auch auf dem allgemeinen Verhalten der Kinder.



Anita Biedert ist Landrätin für die SVP und arbeitet zugleich als Primarlehrerin in Binningen. Foto: Lucia Hunziker

Hat ein Schüler also genügend gute Noten, kann der Übertritt ins gewünschte Niveau dennoch verweigert werden. Beispielsweise könnte der Pädagoge zum Schluss kommen, dass die Sozialkompetenz für den Leistungszug nicht ausreicht. Ist das fair? Umstritten.

In letzter Zeit wurden Vorwürfe laut. Speziell jüngere Lehrerinnen und Lehrer würden falsche Zuweisungen anordnen, heisst es, ihre Ermessensentscheidungen seien oft ungerecht. Speziell ein

Fall an der Primarschule Frenke in Liestal sorgt für Aufsehen.

Mehrere regionale Medien berichteten im letzten Jahr über eine dortige Schülerin, die trotz eines Notenschnitts von 5,0 nicht in den Leistungszug E der Sekundarschule durfte, sondern ins Niveau A eingeteilt wurde. Grund: Der Lehrer hatte Bedenken, ob das Kind dem Druck gewachsen sei.

Im Kanton Baselland sind solche Entscheidungen zudem nicht anfechtbar. Wenn die Eltern mit

dem Übertrittsentscheid nicht einverstanden sind, haben sie nur eine Möglichkeit. Sie können ihr Kind für die Übertrittsprüfung anmelden. Die Erfolgsquote ist hier jedoch gering. Im Schnitt erreichen 94,7 Prozent die Anforderungen für das angestrebte höhere Niveau nicht.

Biedert fordert klarere Kriterien

Geht es nach Biedert, ist das ein Missstand. Vor ein paar Monaten hat sie deshalb einen Vor-

stoss eingereicht, der klarere Übertrittskriterien fordert. Künftig sollen allein die Noten ausschlaggebend sein – und nicht die weiteren Erkenntnisse.

Bei Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) findet die SVP-Politikerin allerdings nur wenig Gehör. Sie möchte am heutigen System festhalten, wie sie im Zuge mehrerer kleiner Anpassungen im Baselbieter Bildungswesen kürzlich publik gemacht hat. Die Regierung ist der Meinung, dass die meisten Lehrer einen guten Job machen.

Seit diesem Sommer ist lediglich eine Neuerung in Kraft. In heiklen Fällen müssen die Pädagoginnen ihre Entscheidungen schriftlich begründen und der Schulleitung vorgängig zur Genehmigung unterbreiten. Morgen Donnerstag wird unter anderem diese Änderung im Landrat besprochen.

Während Biedert findet, dass die Lehrer weiterhin zu viel Einfluss hätten, befürwortet SP-Bildungspolitiker Jan Kirchmayr die minimale Anpassung. Er sagt: «Das Vieraugenprinzip hilft den Lehrpersonen, da die Entscheidung auf mehrere Schultern verteilt und von der Schulleitung mitgetragen wird.» Biedert entgegnet: Es sei eine «Verschiebung der Problematik». Wenn die Kinder gute Noten machten, sollten sie auch danach bewertet und ins entsprechende Niveau eingeteilt werden, sagt sie. «Die Einschätzung des Sozialverhaltens eines Kindes soll nicht entscheidend sein.»

Ob sie nun weitere Vorstösse lanciert: offen.